

aber die Hoffnung aufkommen, dass mit der Zeit die Ansichten der Mitgliedstaaten zunehmend konvergieren werden, auch wenn weiterhin das Prinzip der Intergouvernementalität die Zusammenarbeit in diesem Bereich der Integration prägen wird.<sup>8</sup>

Ohnehin sollten europäische Kleinstaaten angesichts der heutigen Bedrohungslage nicht primär gemeinsame militärische Verteidigungsdispositive anstreben, sondern im Bereich ihrer Friedens- und Sicherheitspolitik kollektive Antworten auf die neuen Bedrohungen vorantreiben. Sie haben ein eminentes Interesse an der Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Diese lässt sich jedoch nicht durch Abschottungslogiken, sondern vielmehr durch thematisch umfassende und hinsichtlich ihres Teilnehmerkreises einschliessende Lösungsansätze gewährleisten.

## *6.2. Menschliche Sicherheit und internationale Netzwerke*

Damit befinden wir uns im Bereich der dritten, früher marginalen Option für die Ausrichtung der Sicherheitspolitik von Kleinstaaten: derjenigen der kollektiven Sicherheit. Kleinstaaten haben ein ausgesprochenes Interesse daran, zur weiteren Verregelung des internationalen Umfeldes beizutragen. Neben den geschilderten Entwicklungen im Bereich der Technologie, der Kriegsführung und der Bedrohungsfaktoren sind es vor allem die Bestrebungen zur Konsolidierung der normativen Basis des internationalen Umfeldes, die zur Behebung der traditionellen kleinstaatlichen Verwundbarkeit geführt haben. In Organisationen gesprochen ist damit in erster Linie die UNO gemeint. Auch wenn die kollektive Sicherheit nicht als einziger Orientierungspunkt für die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik von Staaten dienen kann, so stellen die Grundsätze, die den Vereinten Nationen zugrunde liegen, im heutigen internationalen Umfeld wichtigere Orientierungspunkte dar, als dies die herkömmlichen Konzepte der Neutralität und der Verteidigungsbündnisse tun.

---

<sup>8</sup> *Müller-Brandeck-Bocquet*, Das neue Entscheidungssystem in der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, in: Dies. (Hrsg.) Europäische Aussenpolitik. GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitgliedstaaten, 2002, S. 9–27.